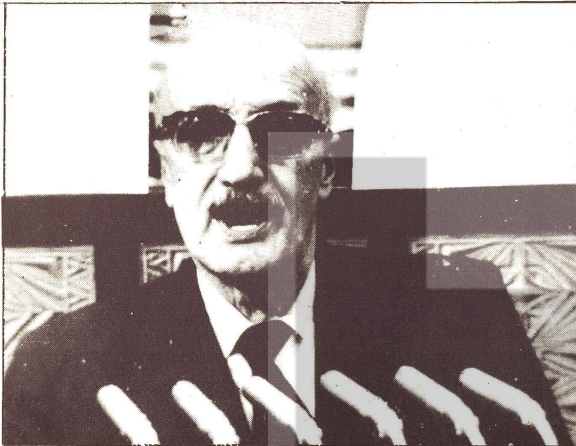


Der Weg zum Frieden führt über den Zusammenschluß der Friedenskräfte



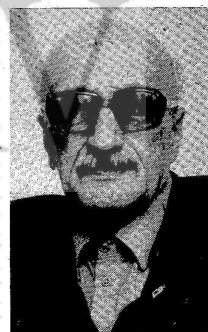
İ. BİLEN

I. Bilen zum Gedenken

Am 18. November 1983 verstarb unerwartet I. Bilen, Vorsitzender der Kommunistischen Partei der Türkei, ein namhafter Funktionär der türkischen und der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, ein hervorragender Internationalist und glühender Patriot.

I. Bilen wurde am 18. Oktober 1902 geboren. Mit 18 Jahren beteiligte er sich an den nationalen Befreiungsaktionen des Volkes gegen die Armeen der Entente, die die Türkei besetzt hatten, und gegen die innere Reaktion. 1922 wurde er Mitglied der KP der Türkei, die unter dem Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1920 von Mustafa Subhi gegründet worden war. 1932 wurde I. Bilen zum Mitglied des Zentralkomitees und zwei Jahre später zum Sekretär des ZK gewählt; viele Jahre hindurch leitete er die organisatorische und propagandistische Arbeit der Partei. Mehrmals war er inhaftiert. 1937 wurde I. Bilen zum Vertreter der KP der Türkei bei der Kominintern gewählt. Während des zweiten Weltkrieges wirkte er unermüdlich unter den Volksmassen und entlarvte die profaschistischen türkischen Regierungen. Ab 1974 war er Generalsekretär des ZK der KPT. Auf dem Plenum des ZK im April 1983 wurde er zum

Vorsitzenden der Partei gewählt, und auf dem V. Parteitag im Oktober 1983 wurde er in diese Funktion wiedergewählt.



I. Bilen war ein vorbildlicher Kommunist, der überall – in den Grundorganisationen und in den höchsten Parteiorganen – die Aufträge der Partei ohne Zögern, schöpferisch und aufopferungsvoll erfüllte. Er verteidigte konsequent den Marxismus-Leninismus gegen rechten und „linken“ Opportunismus und war ein erfahrener Organisator. Nachdem die KPT massiven Verfolgungen von seiten der Polizei ausgesetzt war, arbeitete er beharrlich an der Reorganisation der Partei. Mit seinem Wirken verbunden

sind die Erfolge, die die KP der Türkei in den 70er Jahren erzielte, die Heranbildung einer neuen Generation türkischer Kommunisten und die zunehmende ideologische, politische und organisatorische Reife der Partei.

Zeit seines Lebens stand I. Bilen in den vordersten Reihen des Kampfes des türkischen Volkes gegen die Abhängigkeit vom Imperialismus, in den Nachkriegsjahren vom USA-Imperialismus und von der NATO, für den Frieden und für sein Recht.

In die Geschichte der türkischen Arbeiterklasse und der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung wird I. Bilen als treuer Sohn seines Volkes, als Sachwalter der Interessen der Werktätigen, als konsequenter Verfechter der Ideen des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus eingehen. Sein ständiges Bemühen galt der Stärkung der internationalen kommunistischen Bewegung und ihrer Einheit. Tiefe brüderliche Gefühle empfand er für die KPdSU und die Sowjetunion, die Partei und das Land Lenins.

I. Bilen hat des öfteren Beiträge für die Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ geschrieben. Er ist der Autor zahlreicher Bücher, die in verschiedene Sprachen übersetzt wurden.

Die Kommunisten werden das Andenken I. Bilen in Ehren halten und es für immer in ihrem Herzen bewahren.

Der Weg zum Frieden führt über den Zusammenschluß der Friedenskräfte

I. Bilen

Vorsitzender der KP der Türkei

Die globale Gefahr eines alles vernichtenden Kernwaffenkrieges ist in jüngster Zeit größer geworden als je zuvor. Die Kräfte der imperialistischen Reaktion setzen immer unverhohlener auf einen „begrenzten“ oder einen „länger andauernden“ bewaffneten Konflikt unter Einsatz verheerendster Massenvernichtungsmittel. Deshalb ist es jetzt besonders wichtig, die Massen zum entschlossenen Kampf gegen den Krieg zu mobilisieren. Es gilt, ihnen klarzumachen, wer an der heutigen Situation schuld ist, und ihnen den inneren Mechanismus der Kriegsvorbereitungen des Imperialismus zu erläutern.

Im vorliegenden Artikel soll anhand der Erfahrungen der Türkei untersucht werden, welche Rolle ein so wichtiges Glied dieses Mechanismus wie die NATO¹ in den imperialistischen Plänen zur Unterwerfung der Völker und zur Vorbereitung eines neuen Krieges spielt.

Schon seit über 30 Jahren ist die NATO für den europäischen Kontinent eine ständige Quelle der Kriegsgefahr; sie ist eine der Ursachen für die Verschlechterung der Lebensbedingungen der Völker der Länder, die diesem Block angehören. Von seiner Gründung an bis heute ist der Nordatlantiktakt vor allem durch eine antikommunistische, antisowjetische Ausrichtung gekennzeichnet, die besonders in seinen militärisch-politischen Konzeptionen zum Ausdruck kommt. Diese wurden ständig modifiziert, den neuen Bedingungen des internationalen Lebens, den Veränderungen im Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus und Imperialismus und den vervollkommenen Mitteln des bewaffneten Kampfes angepaßt, doch ihr aggressives Wesen, ihre Aggressivität gegenüber der sozialistischen Gemeinschaft blieb stets unverändert.

Die weitreichenden Militärprogramme, die den Ländern Westeuropas von den Vereinigten Staaten aufgezwungen wurden, haben sich auf deren ökonomische Entwicklung verheerend ausgewirkt. Die Wirtschaft der NATO-Staaten wurde ernsthaft erschüttert. Das forcierte Wettrüsten, die riesigen militärischen Ausgaben führten zu Produktionsrückgang, Inflation und Massenarbeitslosigkeit. Die Türkei ist dafür ein besonders charakteristisches Beispiel. Im Programm der KP der Türkei heißt es, daß „die Rolle als Satellit des USA-Imperialismus und die Mitgliedschaft in der NATO zu einem ökonomischen, sozialen und politischen Chaos im Lande geführt haben“².

Die Kommunisten haben sich nie über die Lehren der Geschichte hinweggesetzt. Deshalb sei daran erinnert, welche Faktoren die Eingliederung der Türkei in die NATO bedingten. Das ist um so mehr angebracht, als diese Faktoren auch heute noch wirksam sind und dazu führen, daß das Land immer stärker an die militärischen und politischen Konzeptionen der NATO gekettet wird.

Wie konnte es geschehen, daß die Türkei sich dem aggressiven antisowjetischen Block anschloß? Schließlich wurde sie einst im Feuer des Kampfes gegen eine imperialistische Intervention geboren. Uns ist gut in Erinnerung, daß gerade damals der

3

Führer der russischen Revolution, Wladimir Iljitsch Lenin, in einem Telegramm an den Vorsitzenden der Großen Nationalversammlung der Türkei, Mustafa Kemal Atatürk³, die „aufrichtigsten Wünsche für das türkische Volk und seine Regierung, die mit nicht nachlassender Energie für die Unabhängigkeit und das Wohlergehen ihres Landes kämpfen“⁴, übermittelte. Wohl bekannt ist auch, welch großzügige Hilfe das Sowjetland der jungen Republik erwiesen hat.

Der Hauptgrund, der die herrschenden Kreise der Türkei bereits in den Jahren vor dem Krieg dazu bewog, eine antisowjetische Haltung einzunehmen, war, daß die schwache, in ihrem politischen Denken und Handeln inkonsequente nationale Bourgeoisie außerstande war, eine demokratische Revolution zu vollziehen und die dem Volk versprochenen Reformen durchzuführen, was sie im Grunde auch gar nicht wollte. Obgleich die Bourgeoisie in der ersten Zeit den Weg einer unabhängigen Entwicklung einzuschlagen versuchte und eine neutrale Außenpolitik betrieb, veranlaßte sie die Angst vor den Volksmassen, sich den imperialistischen Mächten anzunähern.

Die logische Folge einer derartigen Orientierung waren zahlreiche Kontakte mit reaktionärsten Kreisen der führenden kapitalistischen Staaten jener Zeit. Das prinzipienlose Manövrieren kulminierte in dem Geheimbeschluß Ankaras, an der Seite Hitlerdeutschlands in den zweiten Weltkrieg einzutreten. Nur die Zerschlagung der hitlerfascistischen Truppen vor Stalingrad hinderte die türkischen Machthaber an der Ausführung ihres Planes. Der historische Sieg des Sowjetvolkes in der Schlacht an der Wolga dämpfte ihre Kriegslüsterne und veranlaßte sie, eine abwartende Haltung einzunehmen.

Nach der endgültigen Niederlage des Faschismus taten sich die regierenden Kreise der Türkei um ihrer eigensüchtigen Interessen willen mit dem USA-Imperialismus zusammen. Dieser Kurs wurde endgültig 1950 besiegelt, als die rechte Demokratische Partei an die Macht gelangte.

Die im Rahmen der „Truman-Doktrin“ und des „Marshall-Plans“ getroffenen, für jene Zeit beträchtlichen „Hilfsmaßnahmen“ für die Türkei trugen dazu bei, daß sich in unserem Lande die Positionen des reaktionären Flügels der Bourgeoisie festigten. Auf Weisung Washingtons entfesselte die Regierung eine Verleumdungskampagne gegen die Sowjetunion; sie verbreitete Hirngespinnste über „sowjetische Ansprüche“ auf die Meereengen. Damit wollte man das Volk verwirren, einen Vorwand für den Anschluß der Türkei an die NATO schaffen und so das Land zwingen, im Fahrwasser der USA-Politik zu segeln.

Als dieses Ziel erreicht war, wurde die Türkei zu einem Instrument der Vereinigten Staaten und des Nordatlantiktakts, zu einem gegen die sozialistische Welt und die antiimperialistischen Bewegungen im Nahen Osten gerichteten Instrument. Die Lage der Türkei verschlechterte sich noch mehr, als sie 1955 einem weiteren Militärpakt beitrug, der CENTO⁵.

Durch die Beteiligung an den imperialistischen Blöcken büßte die Türkei die Möglichkeit ein, eine unabhängige Außenpolitik zu betreiben. Aufgrund ihrer ökonomischen Schwäche war sie dem Diktat der Vereinigten Staaten und der anderen starken NATO-Mächte unterworfen. In den 50er Jahren wurden alle außenpolitischen Entscheidungen der Türkei unter Berücksichtigung der Wünsche aus Übersee getroffen. Die Beziehungen zur Sowjetunion wurden auf ein Minimum reduziert. In der UNO verteidigte die Türkei die Interessen des USA-Imperialismus im Kampf gegen die frei gewordenen Länder und die nationalen Befreiungsbewegungen.

In der zweiten Hälfte der 60er bis Mitte der 70er Jahre, als sich die führenden Repräsentanten der kapitalistischen Welt aufgrund der Aktivitäten der UdSSR und der anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft gezwungen sahen, sich in den internationalen Entspannungsprozeß einzuschalten, zeigten sich freilich auch in der Außenpolitik der Türkei neue Akzente. Die Türkei stellte umfassende und gegenseitig vorteilhafte Wirtschaftsbeziehungen zu den sozialistischen Staaten her. Dieser Kurs begann sich positiv auf die Lage des Landes auszuwirken; er trug zur Entwicklung der nationalen Schwerindustrie bei. Mit sowjetischer Hilfe wurden in jenen Jahren unter

anderem ein Hüttenwerk, ein Aluminiumwerk und ein Erdölverarbeitender Betrieb gebaut; dadurch wurden im staatlichen Sektor 10 000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Die sich bietenden Möglichkeiten wurden jedoch nicht ausgeschöpft, weil die Türkei, fest mit der NATO verbunden, weiterhin der Politik dieses Blocks und vor allem der USA folgte. Auf Drängen der USA wies die Türkei beispielsweise die wiederholten Vorschläge der Sowjetunion zum Abschluß eines Nichtangriffsvertrages zurück. Die Rückkehr der Washingtoner Administration zum Kurs auf Konfrontation mit der UdSSR in der zweiten Hälfte der 70er Jahre wirkte sich auch auf die Außenpolitik der türkischen Regierung aus. Nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die Gerechtigkeitspartei im Jahre 1979 wurde die Entwicklung der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten erneut gestoppt.

Eine sehr anschauliche Illustration der durch die Mitgliedschaft in der NATO hervorgerufenen außenpolitischen Schwierigkeiten sind die türkisch-griechischen Beziehungen. Vom Konflikt zwischen diesen beiden NATO-Ländern profitiert vor allem Washington. Diese Konfrontation ermöglicht es Washington, mal auf das eine, mal auf das andere Land Druck auszuüben und Waffen in immer größeren Mengen gewinnbringend abzusetzen. Zudem bewirken die Streitigkeiten zwischen den beiden Nachbarländern, daß der Chauvinismus angeheizt wird.

Zum zentralen und akutesten Problem der türkisch-griechischen Widersprüche ist die Zypernfrage geworden. Imperialistische Kreise verhehlen nicht ihre Absicht, die Insel zu einem strategischen Stützpunkt im östlichen Teil des Mittelmeers zu machen, was nur möglich ist, wenn die Zyprioten auf die Politik der Nichtparteilichkeit verzichten. Das war ein wichtiger Grund dafür, daß türkische Streitkräfte 1974 in Zypern landeten und zwei Fünftel des Territoriums der Insel okkupierten.

Unser Volk zahlt für die Expansionspolitik der herrschenden Kreise unseres Landes einen hohen Preis: die Okkupation Zyperns schluckt einen nicht geringen Teil des Nationaleinkommens. Versuche, dieses Problem im Rahmen der NATO und mit Hilfe der USA zu lösen, schaffen nur neue Schwierigkeiten, da Washington und seine Hauptverbündeten an der Aufrechterhaltung der Spannungen interessiert sind.

Das starke Interesse der Imperialisten an der Türkei erklärt sich aus deren vom Standpunkt der militärischen Planung der NATO aus einzigartigen strategischen Lage. Die Türkei hat eine ausgedehnte Grenze mit der Sowjetunion und mit Bulgarien, sie kontrolliert den Bosphorus und die Dardanellen. Ihre Küste am Schwarzen Meer und am Mittelmeer weist zahlreiche Buchten auf, die für die Stationierung von Flotteneinheiten gut geeignet sind. Die Türkei hat mit so wichtigen Nahoststaaten wie Syrien, Irak und Iran eine gemeinsame Grenze.

Unser Land soll als vorgeschobene Basis gegen das sowjetische Transkaukasien und die sozialistischen Länder der Balkanhalbinsel sowie als Umschlagplatz für die Verlegung der US-amerikanischen „schnellen Eingreiftruppe“ im Nahen Osten, insbesondere in der Region des Persischen Golfs, dienen. Im Mai 1982 haben die USA und die Türkei ein weiteres Militärabkommen geschlossen. Wie das Organ der SEW, „Die Wahrheit“, meldete, haben die Vereinigten Staaten dadurch weitere Möglichkeiten erhalten, unser Land für die Vorbereitung einer Aggression gegen Staaten des Nahen Ostens auszunutzen; in Geheimdirektiven des Pentagons ist die unmittelbare Teilnahme türkischer Soldaten an Aktivitäten der US-amerikanischen „schnellen Eingreiftruppe“ geplant.⁶

Die NATO macht sich türkisches Territorium weitgehend zunutze. Bereits heute befindet sich hier annähernd 60 militärische Objekte der USA, darunter sieben große. In den östlichen Regionen wurden Atomminen gelegt. Das Territorium unseres Landes wird in starkem Maße für die Spionage gegen die sozialistischen Staaten genutzt, so mit Hilfe von vier modern ausgerüsteten Funküberwachungsstationen. Mit 700 000 Mann sind die türkischen Streitkräfte in der NATO zahlenmäßig die zweitstärksten nach den US-amerikanischen. Der türkische Soldat wird nach den Normen der NATO ausgebildet. Ihm wird weisgemacht, der „äußere Feind“ seien die sozialistischen Staa-

5

ten, vor allem die Sowjetunion, und der „innere Feind“ die Werktätigen des eigenen Landes.

1979 billigte die Regierung den NATO-Beschluß über die Stationierung neuer US-amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa. Nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 wurde den Vereinigten Staaten die Möglichkeit eingeräumt, in der Türkei Kernwaffen zu lagern. Das ging unter anderem aus einem Interview hervor, das Robert Strausz Hupe, ein Günstling von USA-Präsident Reagan und heute Botschafter der USA in unserem Lande, der Zeitung „Hürriyet“ gab. (Nebenbei bemerkt war er es, der die Doktrin eines „länger andauernden Kernwaffenkrieges“ aufgestellt und diesen Terminus in den Sprachgebrauch der US-amerikanischen Strategen eingeführt hat). Zwangsläufig kommt man zu der Schlußfolgerung: Die Generale haben die Türkei zur Teilnahme an einem thermonuklearen Krieg verurteilt, auf dessen Entfesselung das Pentagon hinarbeitet.

Die Mitgliedschaft in der NATO lastet als schwere Bürde auf dem Volk und verschlechtert die ökonomische Lage unseres Landes. Allerdings lassen sich die USA die Gefügigkeit der regierenden Kreise der Türkei was kosten. Die amerikanische „Hilfe“, die 1980 450 Mill. Dollar betrug, wird sich 1983 auf 815 Mill. Dollar erhöhen. Dem Umfang der von den USA erhaltenen Anleihen und Kredite nach nimmt die Republik – nach Israel und Ägypten – heute den dritten Platz ein. Der Löwenanteil dieser Gelder geht für die Erneuerung des militärischen Arsenalts drauf, in erster Linie für den Kauf amerikanischer Flugzeuge und neuer Panzer. Im Staatshaushalt ist der Anteil der Gesamtausgaben für Kriegsvorbereitungen von 22,3 Prozent im Finanzjahr 1978/1979 auf 27 Prozent im Finanzjahr 1981/1982 gestiegen. Allein in den drei „atlantischen Jahrzehnten“ haben sie sich auf das Fünffache vergrößert.

Eine unmittelbare Auswirkung all dessen ist die schwere Wirtschaftskrise, welche die Türkei seit 1977 nicht zu überwinden vermag. Bei insgesamt 45,4 Millionen Einwohnern erreicht die Zahl der Arbeitslosen fast 6 Millionen und steigt weiter an. Die Inflationsrate betrug 1982 über 25 Prozent. Die Auslandsschulden überstiegen 23 Md. Dollar, und das Außenhandelsdefizit ist auf über 2,5 Md. Dollar angewachsen. Das eine wie das andere hat die Türkische Lira geschwächt. Ihr Wert ist im Verhältnis zum US-Dollar um 40 Prozent gesunken.¹

Die Krisensituation wirkt sich schwer auf die Lage der Werktätigen aus. Im vergangenen Jahr stiegen die Lebenshaltungskosten in unserem Lande um fast 20 Prozent; die Lebensmittelpreise erhöhten sich von Mai 1981 bis November 1982 um 50 Prozent. Die Steuern und Mieten steigen ständig. In den vergangenen drei Jahren verringerten sich die Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten um 44 Prozent; sie lagen damit unter dem Niveau von 1979. 26 Millionen Einwohner leben in äußerster Armut. Wie eine Krebsgeschwulst breiten sich die Elendsviertel – die Gecekondus¹⁰ – aus. In Ankara beispielsweise haust über die Hälfte der Einwohner unter solchen Bedingungen.

Durch das vom Internationalen Währungsfonds (IWF) der Türkei aufgezogene Wirtschaftsprogramm droht eine weitere Vertiefung der Krise. Das Land soll beispielsweise seine Industrialisierungspläne aufgeben und sich auf die Entwicklung der Viehzucht konzentrieren. Bei einer vernünftigen Nutzung der Möglichkeiten des Landes hätte die Türkei jedoch die vorkapitalistischen Produktionsverhältnisse, welche den Fortschritt ihrer Wirtschaft bremsen, schon längst überwinden können. Im Süden und im Osten des Landes sind beispielsweise noch über 800 Dörfer im Besitz der Toprak-asisi¹¹.

Die aktive Teilnahme der Türkei an militärischen und politischen Aktivitäten der NATO wirkt sich unvermeidlich auf ihre innenpolitische Lage aus. Der wachsende Widerstand der Werktätigen gegen die kapitalistische Ausbeutung und die Gefahr, daß sich dieser Kampf zu einer offenen Konfrontation mit der Bourgeoisie ausweitete, hat die herrschenden Klassen der Türkei stets erschreckt. Sie suchten ständig nach einer „starken Regierung“ oder nach einem „starken Mann“, anders ausgedrückt, sie woll-

ten gern die Leitung militaristischen Kreisen überlassen und eine Militärdiktatur errichten. In den vergangenen drei Jahrzehnten gab es im Lande drei Staatsstreich. Nach dem jüngsten im Jahre 1980 übernahm die Armeeführung die Macht.

Die Regierung der Generale setzte die Verfassung von 1961 außer Kraft, die bei all ihrer Begrenztheit dem Volk bestimmte demokratische Rechte und Freiheiten garantierte. Im Lande wurde eine reaktionäre Diktatur errichtet. In den Gefängnissen schmachteten 50 000 politische Gefangene. Insgesamt wurden seit dem Putsch 200 000 Menschen verhaftet.

Einige hundert Führer des Verbandes der revolutionären Gewerkschaften (DISK), der an die 600 000 Arbeiter und Angestellte vereint, wurden vor Gericht gestellt. Selbst bürgerlich-reformistische Politiker werden verfolgt. So wurde der Führer der Republikanischen Volkspartei, der ehemalige Ministerpräsident Bülent Ecevit, mehrmals verhaftet.

Besonders grausamen Repressalien sind die Kommunisten ausgesetzt. Die Behörden haben sich das Ziel gestellt, die besten Söhne der Arbeiterklasse und deren Anhänger zu vernichten. Die im Mai 1981 begonnene Polizeioperation gegen die KP der Türkei unter der Kodebezeichnung „Rote Laternen“ dauert bis auf den heutigen Tag an. Immer neue Haussuchungen und Razzien werden durchgeführt. Unsere Partei hat durch die Verfolgungen große Verluste erlitten. Tausende unserer Genossen sind verhaftet worden.

Die Führung der Partei trifft Maßnahmen zum Schutz ihrer Kader. Ungeachtet der Verfolgungen setzt die KP der Türkei ihre Arbeit unter den Massen fort; sie steht an der Spitze ihres Kampfes und strebt nach Zusammenschluß der progressiven und Friedenskräfte.

Das Militärregime hat die demokratischen Rechte und die politischen Freiheiten abgeschafft und gleichzeitig versucht, sich einen verfassungsmäßigen Anstrich zu geben. Die Regierung arbeitet ein neues Grundgesetz aus, das bei einem „Referendum“ im November 1982 „bestätigt“ wurde. Im vollen Bewußtsein unserer Verantwortung erklären wir: Das „Referendum“ widerspiegelt absolut nicht die wahren Wünsche des Volkes, da es unter Bedingungen der Unterdrückung durchgeführt wurde.

Mit Hilfe des „Referendums“ übernahm der Chef des Militärregimes, General Kenan Evren, für sieben Jahre das Amt des Präsidenten, der nach der neuen Verfassung über umfassende Vollmachten verfügt. Die Verfassung schränkt die Freiheit der Persönlichkeit sowie die Pressefreiheit ein und setzt der Tätigkeit der Gewerkschaften feste Schranken. So ist das Streikrecht der Arbeiter beschritten, und die Unternehmer dürfen zu Aussperrungen greifen. „Die Diktatur der kollaborationistischen Monopolbourgeoisie ist hinter einer konstitutionellen Maske verborgen“¹² – so schätzte das ZK der KP der Türkei die Ergebnisse des „Referendums“ und die neue Verfassung des Landes ein.

Die Entwicklung der Ereignisse in unserem Lande in den vergangenen Jahren ist eng mit der Tätigkeit des Pentagons und der NATO verbunden. Schon seit vielen Jahren werden hohe türkische Offiziere in den Vereinigten Staaten ausgebildet, wobei an den amerikanischen Lehranstalten nur „zuverlässige“ Leute aufgenommen werden. Auf Drängen Washingtons wurden in der Armee zahlreiche Säuberungen durchgeführt. Die meisten patriotisch gesinnten Militärs wurden aus den Streitkräften entfernt. Die Kommunisten haben die Öffentlichkeit wiederholt auf die allgemeine Verstärkung des militaristischen Einflusses aufmerksam gemacht.

Wer bildet die soziale Stütze der militaristischen Kräfte in der Türkei? Welche Schichten der Gesellschaft halten sie entgegen den nationalen Interessen im Lager des „Atlantismus“? Um diese Frage zu beantworten, muß man vor allem auf die volksfeindliche Tätigkeit der kollaborationistischen Monopolbourgeoisie verweisen, die ihre Positionen durch das Komplott mit den Monopolen in Übersee gefestigt hat. Den Vertretern dieser Gruppe ist es gelungen, die Schlüsselzweige der nationalen Wirtschaft unter ihre Kontrolle zu bringen, und sie versuchen, Elemente des staatsmonopolistischen Kapitalismus forciert zu entwickeln.

7

Dieser Teil der Bourgeoisie unterstützt den Militarismus auch deshalb, weil er hofft, auf diese Weise ökonomisch in die Nahoststaaten eindringen zu können. Durch die Unterstützung der Expansion der Vereinigten Staaten in der Region möchte er an der Ausplünderung der Naturschätze dieser Länder teilhaben.

Im ant imperialistischen Kampf geht die KP der Türkei davon aus, daß die für die Geschichte der Werktätigen wichtigen nationalen Aufgaben unter den spezifischen Bedingungen unseres Staates, vor allem wegen dessen Zugehörigkeit zum Nordatlantikblock, nur in Verbindung mit der Lösung der internationalen Aufgaben realisiert werden können. Daher ist es das Anliegen der KP der Türkei, zu erreichen, daß die Massen die demokratischen Freiheiten zurück erhalten und die Lebensbedingungen der Werktätigen verbessert werden, und zugleich aktiv für den Frieden, gegen die Gefahr eines Kernwaffenkrieges und für die nationale Unabhängigkeit zu kämpfen.

Nichts ist weiter von der Wahrheit entfernt als die Behauptung der offiziellen Propaganda, die KP der Türkei sei ein „Fremdkörper“ im politischen Leben unseres Staates. In Wirklichkeit ist unsere Partei die einzige Organisation im Lande, die schon seit 62 Jahren kompromisslos gegen Imperialismus, Reaktion und Ausbeuterordnung kämpft. „Sie ist eine wahrhaft nationale Partei“, heißt es in einem Aufruf des ZK der KP der Türkei an das türkische Volk vom September 1982. „Heute teilen die breiten Volksmassen die Auffassungen der KP der Türkei, weil diese ihre Grundforderungen und die nationalen Interessen des Landes verteidigt.“

Im Kampf für die Freiheit schienen die besten Söhne der Türkei ihr Leben nicht. Einer der ersten, der für die Sache des werktätigen Volkes gefallen ist, war der Begründer der KP der Türkei, Mustafa Subhi (1883–1921), dessen 100. Geburtstag in diesem Jahr begangen wird. Trotz Terror und Repressalien blicken die Kommunisten der Türkei voller Zuversicht in die Zukunft. Sie sind überzeugt, daß der Sieg der Kräfte des sozialen Fortschritts objektiv unvermeidlich ist. An die Stelle der Gefallenen treten neue Kämpfer. Die Partei erzieht sie sorgsam und rüstet sie mit der fortschrittlichen Theorie des Klassenkampfes – der marxistisch-leninistischen Wissenschaft – aus.

Nach Inkraftsetzung der neuen Verfassung ist die Lage in der Republik noch komplizierter geworden. Die Türkei, so betonen die Kommunisten, befindet sich in einer tiefen politischen Krise. Unter diesen Bedingungen hat die KP der Türkei ein Aktionsprogramm ausgearbeitet, das die Demokratisierung der Gesellschaft und die Verteidigung der nationalen Interessen vorsieht und sich für die vordringlichen Bedürfnisse der Arbeiter, der Angestellten, der Bauern und der Mittelschichten einsetzt. Sinn und Wesen der Tätigkeit der Partei ist es, die Versuche, den Werktätigen die sich aus den ökonomischen Schwierigkeiten ergebenden Lasten aufzubürden, zu durchkreuzen. Die erste und unmittelbare Voraussetzung für die Lösung dieser historischen Aufgabe ist es, gegen die imperialistische Unterjochung der Türkei mit Hilfe der NATO zu kämpfen.

Die Politik der Partei ist darauf gerichtet, alle Friedenskräfte und alle demokratischen Strömungen zu vereinen und die breiten Massen der Werktätigen für den Kampf um die Erfüllung der auf dem Plenum des ZK der KP der Türkei vom Mai 1982 formulierten Aufgaben zu mobilisieren. Von diesem Plenum aus rief die Partei das Volk auf: „Wenn ihr Frieden wollt, kämpft gegen die NATO, gegen die Hegemonie der USA und gegen die Militärdiktatur. Eine von der NATO und von der Junta befreite Türkei wird ein Bollwerk des Friedens in der Region sein. Wenn ihr Demokratie wollt, kämpft gegen den amerikanischen Imperialismus; denn er ist die Hauptstütze der Junta, die die Demokratie mit Füßen tritt. Wenn ihr Brot, Arbeit und Boden wollt, kämpft gegen die Aufrüstung, gegen die Mitgliedschaft in der NATO, die dazu führt, daß der Hauptteil unserer nationalen Mittel für militärische Zwecke verausgabt wird.“

Diese Lösungen können und müssen die Grundlage bilden, um alle demokratischen Kräfte zum Kampf für die Befreiung des Landes von der ausländischen Abhängigkeit, für sozialen Fortschritt zu vereinen.

Dieser Zusammenschluß begann faktisch bereits während der Vorbereitungen zu

dem „Referendum“, das der Annahme der vom Regime vorgelegten Verfassung vorausging. Es ist jedoch bisher nicht gelungen, eine Einheitsfront zu schaffen. Deshalb müssen weiterhin alle Kräfte dafür eingesetzt werden, daß sich neben der KP der Türkei die bürgerlich-reformistische Republikanische Volkspartei, die sich an sozialdemokratischen Prinzipien orientiert, und die von religiösen Positionen aus gegen die Herrschaft des Imperialismus und der Monopole kämpfende Partei der Nationalen Rettung dieser Front anschließen. Die Front muß breite Kreise der Öffentlichkeit umfassen, die den vom Begründer der türkischen Republik, Mustafa Kemal Atatürk, verkündeten Idealen der nationalen Unabhängigkeit treu geblieben sind, bürgerlich-liberale Kreise, Gruppen linker Orientierung sowie Vertreter der nationalen Bewegung der Kurden.

Man darf auch nicht außer acht lassen, daß die Traditionen des Befreiungskampfes, die Ideen der nationalen Unabhängigkeit in den Streitkräften immer noch lebendig sind. Die patriotischen und den Ideen Kemal Atatürks verbundenen Offiziere sind unzufrieden mit der Ausrichtung auf die Interessen der NATO und des amerikanischen Imperialismus. Aufgrund ihrer Kenntnis der Militärgeschichte und der Tendenzen der wissenschaftlich-technischen Revolution auf dem Gebiet der Rüstungen kommen sie zu der Überzeugung, daß das Vorhandensein US-amerikanischer Militärstützpunkte auf unserem Boden, die geplante Nutzung türkischen Territoriums für Operationen der „schnellen Eingreiftruppe“ der USA und die militärischen Pläne der NATO überhaupt die Türkei der tödlichen Gefahr aussetzen, in einem thermonuklearen Krieg vernichtet zu werden.

Die organisatorische Herausbildung einer breiten politischen Front würde zur Veränderung der politischen Orientierung der Türkei beitragen und der Sache ihrer nationalen Rettung dienen. Deshalb hat das ZK unserer Partei in einem im Herbst vergangenen Jahres veröffentlichten Aufruf an das Volk erklärt: „Wir dürfen keine Zeit verlieren! Vereinigen wir uns im Kampf gegen die Diktatur der Junta, gegen ihre aggressive antidemokratische Politik, gegen ihren Kurs auf Unterstützung der Kriegsvorbereitungen der USA und der NATO!“¹³

Um die Türkei zu einem Faktor des Friedens zu machen, müssen nach Ansicht der KP der Türkei vor allem die US-amerikanischen Stützpunkte beseitigt und die bilateralen Militärvereinbarungen mit Washington aufgehoben werden. Unsere Partei ruft alle Friedenskräfte auf, gemeinsam für folgende konkrete Forderungen einzutreten:

- Entfernung der Kernwaffen vom Territorium des Landes; Nutzung der von der Sowjetunion gebotenen historischen Chance, die ihre Bereitschaft erklärt hat, die Verpflichtung zu übernehmen, daß sie keine Kernwaffen gegen Länder einsetzen wird, in denen solche Waffen nicht stationiert sind;

- Vereitelung aller Versuche, das Territorium der Türkei für Zwecke der US-amerikanischen „schnellen Eingreiftruppe“ zu nutzen;

- unverzügliche Einstellung der Spionageflüge von Stützpunkten der USA und der NATO in der Türkei aus, Entfernung aller US-amerikanischen AWACS-Flugzeuge aus unserem Land;

- Abzug der türkischen Truppen aus Zypern ohne jegliche Vorbedingungen; Lösung der Zypernfrage durch weitere Verhandlungen zwischen den Bevölkerungsgruppen und auf der Grundlage einer unter der Ägide der UNO durchzuführenden internationalen Konferenz; Gewährleistung der Unabhängigkeit, der territorialen Integrität und der Souveränität Zyperns, dem das Prinzip der Nichtparteiigkeit zugestanden werden muß;

- Kampf gegen die Pläne zur Stationierung neuer US-amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa; Unterstützung der sowjetischen Vorschläge zur Erhaltung des Friedens in Europa;

- Verzicht auf Erhöhung der Militärausgaben, auf die Pläne zum Kauf und zur Produktion amerikanischer Militärflugzeuge.

Die Realisierung dieser Vorschläge wird die Voraussetzungen schaffen, um die Abhängigkeit unseres Landes vom USA-Imperialismus zu überwinden, und damit auch

9

die Positionen seiner Günstlinge in der Türkei – der kollaborationistischen Monopolbourgeoisie – schwächen.

Die Propagandisten des Atlantismus suchen mit allen Mitteln zu begründen, daß es für die Türkei keine andere Alternative gebe als die Orientierung auf den Nordatlantikblock, der allein in der Lage sei, sie „vor der Gefahr aus dem Osten zu schützen“. Wir erläutern dagegen den Volksmassen, daß die Gefahr für die Unabhängigkeit und für die Existenz unseres Landes keineswegs von Moskau, sondern von Washington und dem NATO-Hauptquartier ausgeht.

In ihrer ganzen Geschichte hat sich die Sowjetunion um gutnachbarliche, auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz und der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit beruhende Beziehungen zur Türkei bemüht. Dieser Kurs der sozialistischen Außenpolitik ist vor allem jetzt, in der Atmosphäre der Schürung der internationalen Spannungen, von Bedeutung, da die reale Gefahr besteht, daß der Nordatlantikblock einen Kernwaffenkrieg entfesselt, in den die Türkei unter den gegenwärtigen Bedingungen unvermeidlich hineingezogen würde. Deshalb propagieren wir unermüdlich die Friedensvorschläge der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder.

Breite Resonanz hat die am 5. Januar 1983 auf der Tagung in Prag angenommene Politische Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages gefunden. Am 20. Januar 1983 hat das ZK der KP der Türkei den Nationalen Sicherheitsrat der Türkei aufgefordert, die unser Land betreffenden Vorschläge der Prager Deklaration unverzüglich zu prüfen.

Die Erfahrungen zeigen: Die Entwicklung gleichberechtigter Wirtschaftsbeziehungen mit den sozialistischen Ländern, die über ein bedeutendes Wirtschaftspotential verfügen, wirkt sich nicht nur auf die Lage der Arbeiter und der Bauern günstig aus, sondern auch auf die der Mittelschichten und der zahlreichen Gruppen der nichtmonopolistischen nationalen Bourgeoisie. Nach Ansicht der KP der Türkei würde eine solche Zusammenarbeit der Türkei helfen, die materielle Basis für die ökonomische Unabhängigkeit zu schaffen, und den Kampf unseres Volkes für nationale und soziale Befreiung fördern.

Für die Herstellung solcher Beziehungen existiert eine völkerrechtliche Grundlage. Das sind vor allem die Türkisch-Sowjetische Deklaration von 1972 und das 1978 unterzeichnete Politische Dokument. In beiden Dokumenten ist vereinbart, daß die Türkei und die UdSSR sich in ihren bilateralen und in den internationalen Beziehungen der Anwendung oder Androhung von Gewalt enthalten und nicht zulassen, daß ihr Territorium für eine Aggression und für subversive Handlungen gegen andere Staaten genutzt wird. Würde die Türkei diese Prinzipien ihrer Außenpolitik zugrunde legen, so würde sie ihre eigene nationale Unabhängigkeit sichern; sie könnte Kurs nehmen auf die Nichtpaktebundenheit und freundschaftliche Beziehungen zu allen Ländern, in erster Linie zu den sozialistischen, herstellen.

★ ★ ★

Der USA-Imperialismus und die NATO tragen die Verantwortung für das seinen Ausmaßen nach beispiellose Wettrüsten, das immer mehr Arbeitskräfte, materielle Werte und finanzielle Mittel verschlingt und die Menschheit, das Leben auf der Erde überhaupt bedroht. In den mehr als 30 Jahren der Existenz des Nordatlantikblocks konnten sich die Völker davon überzeugen, daß diese Organisation zu einem Hauptwerkzeug der aggressiven Kreise des Imperialismus geworden ist, um die Kräfte des Sozialismus, der nationalen Befreiung, der demokratischen und der Arbeiterbewegung zu schwächen.

Die Lebensinteressen der Völker Europas, der Werktätigen unseres Landes erfordern, den Kampf gegen die militaristischen Pläne des aggressiven Bündnisses, gegen die NATO als Quelle der Spannungen zu verstärken. Eine Einheitsfront der demokratischen Kräfte zu schaffen, die Versuche zu durchkreuzen, die Türkei im Nahen Osten in Abenteuer hineinzuziehen, und nicht zuzulassen, daß unser Land zu einem Partner

der USA bei der Vorbereitung eines neuen Krieges gegen die sozialistischen Staaten wird – das ist der Weg zur Lösung unserer nationalen Probleme, zur Festigung der Souveränität und der Sicherheit. Aber das gilt nicht nur für die Türkei, sondern auch für andere Länder dieser Art. Das wäre ihr größter Beitrag zum Kampf der Völker für den Frieden, der allerorts an Breite gewinnt.

1 Anfangs gehörten der NATO die USA, Großbritannien, Frankreich, Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Kanada, Italien, Portugal, Norwegen, Dänemark und Island an. 1952 schlossen sich dem Nordatlantikpakt die Türkei und Griechenland an, 1955 die BRD, 1982 Spanien. 1967 erklärte Frankreich seinen Austritt aus der Militärorganisation der NATO. Island gehört nicht dem militärischen Planungskomitee des Blocks an. Der spanische Ministerpräsident Felipe González erklärte im Dezember vergangenen Jahres, der Prozeß des Anschlusses seines Landes an das Militärsystem des Blocks solle gestoppt und über die Beteiligung an diesem Bündnis überhaupt ein Referendum durchgeführt werden. **Die Red.**

2 Türkiye Komünist Partisi. Program, s. 10.

3 Mustafa Kemal Atatürk (1881–1938) war der Begründer und der erste Präsident der türkischen Republik.

4 W. I. Lenin, Briefe, Bd. VII, S. 306.

5 Ursprünglich wurde dieser Vertrag als Bagdad-Pakt bezeichnet. Außer der Türkei gehörten ihm Großbritannien, Irak, Iran und Pakistan an. Die Vereinigten Staaten, die formal nicht Mitglied der Organisation waren, beteiligten sich an der Arbeit ihrer Komitees und waren mit den einzelnen Staaten des Paktes durch bilaterale militärische und politische Abkommen verbunden. 1959 schied Irak aus dem Pakt aus, was zu dessen Umbenennung führte. Im August 1979 wurde die CENTO offiziell aufgelöst. **Die Red.**

6 „Die Wahrheit“, 19. Januar 1983.

7 „Hürriyet“, 30. April 1982.

8 „Milliyet“, 22. Oktober 1983.

9 „Milliyet“, 9. Mai 1982.

10 Gecekondu sind Hütten, die von Obdachlosen in einer Nacht eiligst aus Bauabfällen errichtet werden. Dabei nutzt man ein heuchlerisches Gesetz aus, das es verbietet, eine Behausung, die ein Dach hat, zu zerstören. **Die Red.**

11 Toprak-agası – türkische Bezeichnung für Großgrundbesitzer, denen die Bauern die Pacht teilweise nicht in Geld erstatten, sondern durch Abgabe eines beträchtlichen Teils ihrer Ernte und durch Arbeit auf dem Gutsland. **Die Red.**

12 „Yeni Çağ“, No. 12, April 1982, s. 1224.

13 „Atılım“, Özel sayı, 18. Oktober 1982.

TÜSTAV